

Fall um einen Raubzug der Iffas, einem nicht unterworfenen Stamm, handelt, der ständig in Kriegszustand mit seinen Nachbarn, wer sie auch sein mögen, lebt. Die Iffas unterstehen zum Teil der abessinischen, zum Teil der französischen Regierung. Ihre Reiben sind durch zahlreiche Unterdrückungsfeldzüge, die wegen ihres räuberischen Verhaltens notwendig geworden waren, stark gelichtet worden. Die Iffas sind ein Nomaden-volk, das selten mehr als einen Monat am gleichen Orte verweilt. Im letzten Monat drangen sie in das als italienisches Gebiet bezeichnete Territorium von Gondar ein, lösteten zwei Soldaten, verließen das Gebiet wieder und zerstreuten die abessinische Eskorte einer Grenzfestsetzungskommission, welche die Grenzen von Italienisch-Somaliland bestimmen sollte.

Der Völkerbund ist bereits mehrere Male, das letzte Mal in der vergangenen Woche, von der italienischen Regierung auf diese Zustände aufmerksam gemacht worden. — Vermutlich wird auch die französische Regierung beim Völkerbundsrat in dieser Angelegenheit vorstellig werden, zumal das letzte Vorgehen der Iffas eher einem offenen Krieg als einem einfachen Raubzuge gleicht.

Communiqué des Kolonialministeriums.

Das Kolonialministerium teilt mit: Der auf einer Inspektionsreise im Gebiet von Dikil Lac Abbe befindliche Kolonialbeamte Bernard ist am 18. Januar zusammen mit 16 Milizsoldaten vom Stamme Iffat Maras, die auch 80 Eingeborene des Stammes Iffas niedergemacht hatten, ermordet worden. Es wurden sofort bedeutende Polizeikräfte von Djibouti nach dem Ort des Zwischenfalls entsandt. Der Kolonialminister hat an den Gouverneur von Französisch-Somaliland ein Telegramm gerichtet und ihn ersucht, ihn sofort über diese Angelegenheit zu unterrichten.

lung des Königs, den der Staatsstreich vom 19. Mai gewissermaßen überholt hatte, obwohl er im wesentlichen der eigenen Absicht des Königs entsprach, einem Umsturzplan Zantows zuzukommen und mit den Mazedoniern aufzuräumen. Der scheidende Ministerpräsident Georgiew hat das geschichtliche Verdienst, die mazedonischen Mörderbanden zersprengt zu haben. Ohne diese Leistung wäre die von Alexander geförderte Verständigung unmöglich und das Attentat von Marseille zweifellos das Zeichen zum Krieg gewesen. Georgiew verstand es aber nicht, die republikanischen Strömungen niederzuhalten und die Finanzverwaltung so führen zu lassen, daß der alte Streit mit dem Finanzkomitee des Völkerbundes hätte überbrückt werden können, und vor allem daran ist er gescheitert. Obwohl in der neuen Regierung mehr hohe Offiziere sind als im Kabinett Georgiew, empfindet es sich nicht, vom Machtantritt einer Militärregierung zu reden. Das neue Kabinett verdient diesen Namen weniger als das bisherige, weil es wieder durchwegs aus dem Vertrauen des Königs Boris hervorgegangen ist. Beruhigend wirkt vor allem das Verbleiben des Außenministers Batalow, der die Friedenspolitik seines Vorgängers mit großem Mut fortgesetzt hat.

Auch Bulgarien zum Beitritt eingeladen.

(*) Sofia, 23. Jan. (Europapress.) Der italienische und der französische Gesandte in Sofia sprachen beim Generalsekretär des Außenministeriums vor, um ihm den Text des zwischen Italien und Frankreich in Rom am 6. Januar unterzeichneten Abkommens zu übergeben. Gleichzeitig haben die beiden Gesandten im Namen ihrer Regierungen Bulgarien zur Teilnahme an diesem Abkommen eingeladen.

von Französisch-Somaliland noch mit: Am 17. Januar erhielt der Kolonialbeamte Bernard in Dikil ein Gesuch um Unterstützung von Seiten der Iffas, die von den Iffat Maras überfallen worden waren. Der Kolonialbeamte ging am gleichen Tage mit 16 Milizen und einigen Parteigängern ab, um den Iffat Maras den Rückweg abzuschneiden. Er brachte die Nacht in Marbeito zu, wobei er bis zum Morgen des 18. Januar Gewehrfeuer erhielt, ohne dieses aber zu beantworten. Um 6 Uhr ging er dann zum Angriff über. Das Gefecht dauerte bis um 8 Uhr bis zur Erschöpfung des Munitionsvorrates. Der Kolonialbeamte Bernard blieb auf dem Platze und fand im Nachkampf den Tod. Die Verluste des sich auf 800 Personen belaufenden Gegners sind noch unbekannt.

Weitere Einzelheiten des Ueberfalls in Französisch-Somaliland.

Paris, 22. Jan. Ag. (Habas.) Zu dem Zwischenfall an der Südgrenze von Abessinien und Französisch-Somaliland wird weiter berichtet: Die Ursache des Zwischenfalls liegt in der seit Jahren bestehenden Feindschaft zwischen dem abessinischen Nomadentamm der Iffat Maras und dem Stamme der Iffas, der unter französischer Herrschaft steht. Die Feindschaft zwischen den beiden Stämmen kommt in ständigen Zwischenfällen zum Ausdruck. — Im Jahre 1932 ereigneten sich besonders schwere Kämpfe, die eine Intervention von Polizeitruppen notwendig machten. Man vermutet, daß der Kolonialbeamte Bernard, der der Verwaltung der Gebiete von Abbe-See angehört, vom bevorstehenden Raubzug der Iffat Maras gegen die unter seinem Schutz stehenden Iffas unterrichtet worden war und mit einer französischen Milizgruppe den Angreifern entgegentritt. Beim Zusammentreffen mit den zahlenmäßig stark überlegenen Gegner hat nun Bernard den Tod gefunden.

Die Haltung der italienischen Blätter über die zukünftige Stellung Abessiniens im Völkerbund.

(*) Mailand, 23. Jan. Den abessinisch-französischen Grenzzwischenfall benutzen die italienischen Blätter, um die Frage aufzurollen, ob Abessinien angehts dieser chaotischen Zustände im Innern überhaupt noch Mitglied des Völkerbundes bleiben könne. Der „Corriere della Sera“ schreibt, dieser Zwischenfall sei bezeichnend, weil er kurz nach dem heimatlichen Ueberfall auf den italienischen Grenzposten von Naual erfolgte, wo die Angreifer zum Glück einen harten Detonanz erhalten hätten. Es liege jedoch auf der Hand, daß im Staate des Regus etwas nicht stimmt. Selbst wenn man zugeben würde, daß die Behörden diesem Zwischenfall fernstehen, der ganz wie Herausforderung aussehe, so müsse man sich fragen, wie ein Land auf die gleiche Kulturstaaten gestellt werden könne, dessen Regierung nicht imstande sei, ihre Untertanen und bewaffneten Kräfte im Zaume zu halten. Das Verbleiben Abessiniens im Völkerbund erscheine daher sonderbar, wenn nicht unvereinbar mit so unsicheren Zuständen im Innern des Staates. Die erste Voraussetzung für die internationale Geltung eines Staates sei die Ausübung der Polizeigewalt auf seinem Gebiet. Wenn diese Fähigkeit nicht vorhanden sei, sei vielleicht die moralische Verantwortung jener Regierung geringer, aber es fehle auch die juristische Berechtigung für seine Mitgliedschaft im Völkerbund, der von den Mitgliedsstaaten volle Verantwortung verlange.

Die „Gazzetta del Popolo“ schreibt, Abessinien bleibe der heikle Punkt Afrikas. Besonders in letzter Zeit werde der Haltung der Regierung von Addis Abeba immer verdächtiger. Besonders gefährlich scheine ihre voreingenommene Feindseligkeit gegen jene europäischen Nationen, die in Ostafrika Interessen zu wahren haben. Das Abkommen Mussolini-Laval sei in Abessinien mit offenem Mißtrauen aufgenommen worden, was keinen versöhnlichen Geist beweise und keine gedeihliche Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem Gebiet verspreche. Das Gemischel der französischen Abteilung durch eine abessinische Uebermacht, ähnlich jener von Naual, zeige klar, auf welcher Seite sich die Angreifer und die Ueberfallenen befinden.

Die durch „die neue Zielsetzung bedingte Umorganisation der S. A.“

Berlin, 23. Jan. Ag. (D. N. B.) In Berlin fand am Dienstag in den Räumen des Propagandaministeriums in Anwesenheit von Stabschef Luke eine Tagung der Gruppenführer der S. A. statt. Hauptzweck dieser kurzen Arbeitstagung war die Behandlung der Frage der Umorganisation der S. A., die durch die neue Zielsetzung bedingt ist. Anschließend faßte Stabschef Luke seine grundsätzliche Auffassung über die Aufgaben und die Zukunft der S. A. in einer Ansprache zusammen.

Leys Blatt „Der Deutsche“ verschwindet. Der „Angriff“ wird Organ der Deutschen Arbeitsfront.

K. Berlin, 23. Jan. (Privattele.) Endlich hat sich das Schicksal des Leyschen Blattes „Der Deutsche“ entschieden. Am 1. Februar wird nach einer offiziellen Erklärung, welche die Reichsleiter für die deutsche Presse herausgeben, der „Angriff“ das Organ der Deutschen Arbeitsfront. Damit ist der Kampf, den Dr. Ley um das Weiterbestehen seines Organs geführt hat, zu seinen Ungunsten entschieden worden. Der Verlag Eher, an dessen Spitze Amann steht, ist Sieger geblieben. Man opfert die Zeitung Leys, um den „Angriff“ zu retten. Diesem nationalsozialistischen Organ soll es in der letzten Zeit nicht besonders gut gehen, und alle seine Versuche, durch sensationelle Artikel wie zuletzt über die Tätigkeit der Kaiserin Jita sowie eine besonders stark betonte antisemitische Richtung das Interesse der Leserschaft neu zu erregen, sind augenscheinlich nicht gelungen. Nun wird, wie es in dieser Erklärung so schön heißt, „auf Grund freundschaftlicher Besprechungen mit dem Ziel der Herbeiführung einer immer größeren Verbundenheit der Deutschen Arbeitsfront mit der Partei das im Zentralpartei-Verlag erscheinende alte traditionelle Organ der Reichshauptstadt (Der Angriff) ist Dr. A. F. zur Verfügung gestellt, um die weltanschauliche Linie in gemeinsamer Arbeit für die Zukunft zu sichern.“

In dieser langatmigen Erklärung drückt sich der Sieg des Verlags Eher über Ley aus. Interessant im Zusammenhang damit ist die Neuordnung, die nun beim „Berliner Tageblatt“ sich vollzieht. „Der Deutsche“ wurde ja im ehemaligen Mofseverlag gedruckt. Nun geht diesem Verlag der große Druckauftrag verloren, und die von Ley gegründete Berliner „Druck und Zeitungsvertriebe A. G.“ sowie die angeschlossene „Buch- und Tiefdruck G. m. b. H.“, der Verlag „Deutsches Reichs-adressbuch für Industrie, Gewerbe, Handel G. m. b. H.“ sowie die verschiedenen anderen dem Verlag angeschlossenen Unternehmungen gehen in den Besitz eines Kon-sortiums über, das unter der Führung der Dresdner Bank und des Bankhauses Hardy & Co. steht. Das ist ungefähr dasselbe Konsortium, das den Verlag Ullstein übernommen hat. Es tauchen daher in Berlin Gerüchte auf, die von einer Verschmelzung der beiden ehe-

Japan und Italien in Abessinien.

(*) Rom, 22. Jan. Der neue japanische Botschafter beim Quirinal, Sugimura, hat bei seinem Amtsantritt Wert darauf gelegt, einige Mißverständnisse aus dem Wege zu schaffen, die dazu angetan waren, die italienisch-japanischen Beziehungen zu trüben. Er bestritt, daß japanische Offiziere als Instrukteure in Abessinien tätig sind. Die Förderung der japanischen Ausfuhr nach Abessinien sei durch jüdische Kaufleute vermittelt wor-

maligen Verlage Mofse und Ullstein zu melden wissen. Was Wahres daran ist, kann man heute noch nicht feststellen. Indessen nimmt der Verlag des „B. T.“ diese Neuordnung zum Anlaß, um ausdrücklich zu erklären, daß alle Gerüchte von dem Eingehen des „Berliner Tageblatt“ falsch seien. Der Verlag werde ihnen, sobald ihre Urheber festgestellt sind, nachgehen.

Holland bewirbt sich um Prof. Karl Barth.

(Schweiz. evang. Pressedienst.) In Holland ist ein Komitee gebildet worden, das sich bemüht, Prof. Karl Barth einen holländischen Lehrauftrag zu verschaffen. Dr. M. C. Slotemafer de Bruine (Utrecht), Sekretär des „Dr. Karl Barth-Komitee“ teilt mit, daß ein diesbezüglicher Aufruf sehr gut aufgenommen worden ist. Von vielen Seiten wäre Unterstützung zugesagt. Ehe jedoch Positives von dem Komitee unternommen wird, soll abgewartet werden, welchen Beschluß die Synode der Niederländischen Reformierten Kirche in dieser Angelegenheit nehmen wird.

Wir fügen dieser Meldung bei, daß Prof. Barth im Februar und März an der theologischen Fakultät der Universität Utrecht eine Reihe von Gastvorlesungen halten wird. (Die Red.)

Bestand der Bekenntnis-Kirche.

E. P. D. In Sachsen gehören zur Bekenntnisgemeinschaft 350 von 1190 Pfarrern (ein großer Teil der übrigen zu einer Mittelgruppe, die gleichfalls den Rücktritt des Landesbischofs wünscht), in Oldenburg 75 Prozent, Hannover 70 Prozent, Mecklenburg 50 Prozent, Ostpreußen 60 Prozent.

Maßnahmen gegen Professor Debrunner in Jena.

(*) Weimar, 23. Jan. Wie die „Thüringische Staatszeitung“ aus Jena berichtet, hat dort der Führer der Studentenschaft in einer Studentenversammlung gegen den Professor für indogermanische Sprachwissenschaft an der Universität Jena, den Schweizer Johann Albert Debrunner, Stellung genommen, weil er sich geweigert habe, sich am Tage der nationalen Solidarität in den Dienst des Winterhilfswerkes zu stellen. Die Studentenschaft wurde aufgefordert, die Vorlesungen und Übungen von Prof. Debrunner zu meiden.

Trennung von Staat und Kirche.

Berlin, 22. Jan. Ag. Aus zuverlässiger Quelle verlautet, daß im Reichsministerium ein Gesetz zur Trennung von Kirche und Staat bereitliegt. Die etwaige Veröffentlichung dieses Gesetzes dürfte von der weiteren Entwicklung im Kirchenkonflikt abhängen.

Empfang des diplomatischen Korps durch Hitler.

Berlin, 23. Jan. Ag. (D. N. B.) Reichskanzler Hitler empfing am Dienstag Abend in seiner Eigenschaft als Reichspräsident wie alljährlich üblich das in Berlin akkreditierte diplomatische Korps. An dem Empfang nahmen sämtliche in Berlin anwesenden Botschafter, Gesandten und Geschäftsträger mit ihren Damen teil.

den, die zu diesem Zweck nach Japan gekommen seien, als einige andere Länder der japanischen Einfuhr Schwierigkeiten machten. Zwischen Italien zu Japan könne in Abessinien kein Interessengegensatz bestehen. Japan denke auch nicht daran, der italienischen Expansion in Ostafrika in den Weg zu treten. Damit man den Absatzmarkt ausdehnen könne, sei jedoch die Ruhe der Bevölkerung erforderlich. Wenn dort Friede herrsche, könne sich der Handel für alle in befriedigender Weise entwickeln.